Saar-Post

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Gegründet 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher 82. Postscheck 30.

1872

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatl. Bezugspreis: Durch Agenten u. Post Fr. 6.00. Zahlungsweise Ohne Bezugspreis: 0.05 Fr., Deutschland 10 Pfg., Ausland 0.10 Fr. Amtliches Blaubeurer Kreisblatt

Nr. 69. Saarlouis, Mittwoch, den 31. März 1926. 55. Jahrgang.

Dr. Ramek abgereist.

Der Eindruck in Wien. — Großdeutsche Kundgebung in Südtirol.

Die Besprechungen Dr. Rameks in Berlin.

ff. Berlin, 30. März. Ueber die Besprechungen, die der österreichische Bundeskanzler im Auswärtigen Amt hatte, wird offiziös mitgeteilt:

Zunächst handelte es sich naturgemäß um eine persönliche Fühlungnahme der beiden Staatsmänner und um eine gegenseitige Orientierung über die Bestrebungen Deutschlands und Oesterreichs zu den verschiedenen Staaten. Dabei wurde sowohl die allgemeine politische und die wirtschaftliche Lage, wie insbesondere auch alle bisherigen Fragen behandelt, an denen die beiden Staaten ein besonderes Interesse haben. Die Besprechungen verliefen mit vollster Uebereinstimmung in der Auffassung der Geschäftslage, wie sie heute vorliegen und Gott geschaffen wurden.

Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahmen die wirtschaftlichen Fragen ein, wobei auf beiden Seiten der Wille zum Ausdruck kam, den wirtschaftlichen Interessen der beiden Länder unter möglichster Berücksichtigung der eigenwirtlichen Lage soweit wie möglich Rechnung zu tragen. Zwischenfälle wurden vermieden, noch Offen Verhandlungen aber einen Zeitabschnitt zum gemeinsamen Arbeitsprogramm bei den Charakter der Besprechungen lassen bereits wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkte ungenommen Art nicht in Frage.

Dr. Ramek abgereist.

ff. Berlin, 30. März. Wie bereits angekündigt, verließ der österreichische Bundeskanzler Dr. Ramek gestern abend um 11 Uhr Berlin, um sich zunächst nach Prag zu begeben. Dort wird Dr. Ramek im Laufe der heutigen Tagen mit Dr. Benesch konferieren und am Mittwoch in Begleitung der Republik, Wassaryk, empfangen werden. Bei dem gestern nachmittag von dem Tschechischen Gesandten in Berlin veranstalteten Presseempfang hielt Dr. Benesch eine längere Rede über die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen Deutschlands und Oesterreichs. Er schilderte u. a. die furchtbare Notlage des Oesterreichischen Bundesstaates. Er gab ein ausführliches Bild von den gewaltigen Anstrengungen, die erforderlich waren, um die aus Rande des Abgrundes Jetzerbe Wirtschaft Oesterreichs wenigstens vor dem Ausbrechen zu bewahren und weiter darauf hin, daß das Land in Jungst Zeit die während der Sanierung teilweise aufgegebene Souveränität wieder gewonnen worden.

Der Eindruck in Wien.

ff. Wien, 30. März. Die Wiener Presse beurteilt lebhaft die Besprechungen Dr. Rameks in Berlin. Die „Neue Freie Presse" schreibt, daß die Worte des Reichskanzlers Dr. Luther von der gemeinsamen Front und die des Bundeskanzlers Dr. Ramek über den gleichen Glauben an eine bessere freie deutsche Zukunft ebenso wie in Deutschland den positiven Widerhall gefunden haben. Zu der deutschösterreichischen „Reichspost" wird heute hervorgehoben, daß die Wahl der Fehlschlüsse in Europa nur durch eine europäische Spende niedergeriegt werden könne, was in Berlin geschehen sei. Man könne von den Deutschen nicht verlangen, daß sie reden, wenn sie nicht zu handeln können.

Eine großdeutsche Kundgebung in Südtirol.

ff. Bozen, 30. März. Auf eine Kundgebung der Großdeutschen Volkspartei wurde eine Entschließung zur Südtiroler Frage angenommen, in der es u. a. heißt: Der Vorbereitung des Gesetzes über die Ausübung der Volksrechte Wünschen Bozens und den deutschen Volksgenossen, die durch die Zwangsmaßnahmen gegangen sind, unter der Freiheit der Tiroler, insbesondere der Bozener, Rechnung zu tragen. Die Entschließung drückt die Hoffnung, daß die Zukunft im Geiste der Gleichheit und Gerechtigkeit gestalten wird, was die Regierung bisher Volksgenossen zugefügt hat.

Französische Kabinettskrise.

Ein neuer Völkerbund. Keine Tagung des Landesrats. — Spanien und der Völkerbund. — Genf im Lichte des Temps.

ff. Paris, 30. März. Das Schicksal des Kabinetts Briand wird sich, so schreibt das „Journal", in der heutigen Kammersitzung, in der die Steuerfrage beraten werden, entscheiden. Die Kommunisten und Sozialisten dürften gegen die Regierung stimmen, während die Radikalen und die Linksrepublikaner die Gesetze annehmen werden. Es liegt alle Wahrscheinlichkeit vor, daß die Opposition, ob das Kabinett heute gestürzt wird. Sollte sich aber eine genügende Majorität von Abgeordneten der Rechten der Steuerreform entziehen, so dürfte das Kabinett keine Sekunde lang noch weiterbestehen können. Die Gesetze würden dann, wenn sie dem Senat unterbreitet wurden, eine schwere Niederlage finden. „Candide" nimmt an, daß die Kammer an Ende Ende bringen werde, um die Existenz der Regierung sicherzustellen.

In der gestrigen Nachtsitzung der Kammer wurde der vom Senat abgeänderte Wahlgesetzentwurf verabschiedet, das nunmehr zurückwandern zum Senat zur Prüfung und Entscheidung. Nachdem der Innenminister Malvy wieder vollkommen gesunden ist, werde er, wie „Petit Journal" wissen will, heute noch Paris zurückkehren und ist Laufe des morgigen Tages seine Amtsgeschäfte wieder aufnehmen.

Französische Kammer.

ff. Paris, 30. März. Die Kammer hat gestern mit 430 gegen 231 Stimmen den provisorischen Budgetgesetzentwurf angenommen, der die Zahlungen der Ministerien Poincaré-Cottaux-Chéron die Herabsetzung der Kredite für Marokko mit 390 gegen 150 Stimmen abgelehnt worden war. Zu Beginn der Sitzung hat der Kriegsminister Painlevé die für Syrien vorschlagen, dieselben für Marokko abgelehnt.

Eine Niederlage der franz. Regierung.

ff. Paris, 30. März. Die neue französische Regierung erlitt gestern in der Kammer bei der Abstimmung über die Steuerreform eine Niederlage. Bei der Beratung der in dem provisorischen Budgetgesetzentwurf vorgesehenen Kredite für Marokko und Syrien verlangte der Redner der äußersten Linken gemäß Aufhebung von der Regierung. Poincaré erklärte, daß die Kredite für die beiden Gebietsteile eine gewaltige Bedeutung erhalten hätten. Er verlangte sich aber einzelnen Details ausführlich über die Lage der in Syrien und Marokko kämpfenden französischen Truppen. Nach der Erklärung Poincarés forderte die Sozialistin eine Mitzung der Steuerreform von eine Million Franken. Der Redner gab Malvy, er einer leidenschaftlichen Debatte, an der sich außer Poincaré auch der Minister Raymond Poincaré beteiligte. Die beiden lehnten den Antrag Maurers ab, aber allerdings die Verwendungsfrage zu stellen. Auf die Frage einer Kommunistischen Abgeordneten erklärte Briand, daß die Friedensbedingungen für Abdelkrim nicht nicht die geleistet seien, sondern in der Weise abgeändert worden, daß eine Wiederholung der Ereignisse ausgeschlossen sei. Trotz der Einspräche Briands und Poincarés wurde der Antrag Maurers mit 289 gegen 265 Stimmen angenommen. In den Abstimmungen ist man über den Ausgang der morgigen Abstimmung im Plenum sehr pessimistisch gestimmt, man nimmt vielmehr bereits mit einer Niederlage und dem Rücktritt der Regierung. Das Kabinett Briand ist gestern gerettet. Trotz der Einspräche Briands und Poincarés wurde der Antrag Maurers mit 289 gegen 265 Stimmen angenommen. Im Senat wird Briand sich aber mit Sicherheit gerettet sein. Die Abstimmungen